

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	StvV/015/21-26
Sitzungsdatum	Donnerstag, den 11.05.2023
Sitzungsbeginn	18:15 Uhr
Sitzungsende	22:26 Uhr
Ort	Stadthalle Friedberg, Am Seebach 2, 61169 Friedberg (Hessen)

Teilnehmerliste

Vorsitzender

Herr Hendrik Hollender

CDU-Fraktion

Herr Gunther Best
 Frau Claudia Eisenhardt bis TOP 17 (22:21 Uhr)
 Herr Stephan Ewald
 Herr Philipp Götz
 Herr Christoph Haub
 Herr Klaus-Peter Junker
 Herr Axel Pabst
 Frau Martina Pfannmüller
 Herr Patrick Stoll
 Herr Lukas Veith
 Herr Bernd Wagner
 Frau Sybille Wodarz-Frank

Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Herr Markus Alexander Fenske
 Frau Gudrun Friedrich
 Frau Anette Kirsch-Altena
 Herr Rudolf Mewes
 Herr Pascal Miller
 Frau Beate Neuwirth
 Herr Dr. Martin Saltzwedel
 Frau Michaela Schremmer
 Herr Bernd Stiller vor TOP 1 (ab 18:19 Uhr)
 Herr Florian Uebelacker
 Herr Thomas Zebunke

SPD-Fraktion

Herr Dr. Klaus-Dieter Rack
 Herr Mark Bansemer
 Frau Berivan Colak-Loens
 Herr Peter Haas
 Frau Simone Hahn-Wiltschek
 Herr Ulrich Hausner
 Herr Erich Wagner

UWG-Fraktion

Herr Friedrich Wilhelm Durchdewald
Herr Matthias Ertl
Frau Ulrike Ertl
Herr Timo Haizmann
Herr Matthias Kölsch

FDP-Fraktion

Herr Achim Güssgen-Ackva
Herr Dr. Reinhold Merbs

Die Linke.

Herr Bernd Baier
Frau Anja El Fechtali
Herr Sven Weiberg

Schriftführerin

Frau Angela Kammer

Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Dirk Antkowiak
Frau Erste Stadträtin Marion Götz
Herr Stadtrat Gerhard Bohl
Herr Stadtrat Johannes Contag
Herr Stadtrat Alfons Janke
Herr Stadtrat Siegfried Köppl
Herr Stadtrat Karl Moch
Herr Stadtrat Norbert Simmer
Frau Stadträtin Evelyn Weiß

Verwaltung

Frau Sabrina Allemann
Herr Tobias Brandt
Herr Olaf Keßler
Herr Claus-Peter Vogt

bis TOP 8 (19:49 Uhr)

Abwesenheit:

Stadtverordnetenvorsteher Hollender eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß.

Einwände gegen die Tagesordnung ergehen nicht. Die Tagesordnungspunkte 6 bis 6.2 werden zusammen aufgerufen und beraten.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender gratuliert allen Stadtverordneten, die seit der Sitzung am 23.02.2023 Geburtstag hatten. Als Geburtstagsgeschenk werden Magnete mit Friedberg-Motiven durch Stadtverordnetenvorsteher Hollender verteilt.

Anlagen

- Anlage 1 (zu TOP 2, DS-Nr. 21-26/0778 Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.04.2023; hier: „Shuttlebus-Service“) Beantwortung der Anfrage
- Anlage 2 (zu TOP 3, DS-Nr. 21-26/0785 Anfrage der UWG-Fraktion vom 26.04.2023; hier: „Bewirtschaftung auf dem Elvis-Presley-Platz“) Beantwortung der Anfrage
- Anlage 3 (zu TOP 6.1, DS-Nr. 21-26/0780/1 Antrag der UWG-Fraktion vom 09.05.2023; hier: Änderungsantrag zur DS-Nr. 21-26/0780 "Smart City Friedberg")
- Anlage 4 (zu TOP 6.2, DS-Nr. 21-26/0780/2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 10.05.2023; hier: Änderung zur DS-Nr. 21-26/0780 Smart City Friedberg)
- Anlage 5 (zu TOP 10, DS-Nr. 21-26/0772 „Theater Altes Hallenbad“ hier: Kostenentwicklung der baulichen Maßnahme – Mehrbedarf in Höhe von 800.000,- €) Auszüge aus den Niederschriften der Ausschüsse HuF und JSSSK
- Anlage 6 (zu TOP 16, DS-Nr. 21-26/0640 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.11.2022; hier: Erstzugriff Sozialer Wohnungsbau) Auszüge aus den Niederschriften der Ausschüsse HuF und SE
- Anlage 7 (zu TOP 17, DS-Nr. 21-26/0773 Ergänzung der Ziele im Rahmen des Realisierungswettbewerbs für die Umgestaltung der Kaiserstraße (DS-Nr. 21-26/0566) hier: Konkretisierung zur Reduktion von Stellplätzen, Konkretisierung des Erhaltes der Bestandsbäume) Anlage 1 vollständig ausgedruckt
- Anlage 8 (zu TOP 17, DS-Nr. 21-26/0773 „Ergänzung der Ziele im Rahmen des Realisierungswettbewerbs für die Umgestaltung der Kaiserstraße (DS-Nr. 21-26/0566) hier: Konkretisierung zur Reduktion von Stellplätzen, Konkretisierung des Erhaltes der Bestandsbäume“) Auszug aus der Niederschrift des Ausschusses SE
- Anlage 9 Sitzungskalender 2023 (Stand: 11.05.2023)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Berichte und Mitteilungen
1.1		Berichte und Mitteilungen; hier: Preisverleihung für das Projekt "Auf die Plätze - fertig - los"
1.2		Berichte und Mitteilungen; hier: Senkung der Schulumlage
1.3		Berichte und Mitteilungen; hier: Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 1. Quartal 2023
1.4		Berichte und Mitteilungen; hier: Fördermittelbescheid für Bau Kita Housing
1.5		Berichte und Mitteilungen; hier: Sachstand Kita Villa Winzig
1.6		Berichte und Mitteilungen; hier: Sachstand Kita am Campus
1.7		Berichte und Mitteilungen; hier: Weitere Trauorte
2	21-26/0778	Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.04.2023; hier: Shuttlebus-Service
3	21-26/0785	Anfrage der UWG-Fraktion vom 26.04.2023; hier: Bewirtschaftung auf dem Elvis-Presley-Platz
4	21-26/0766	Antrag der SPD-Fraktion vom 28.03.2023; hier: Friedbergs Straßen sollen grüner werden
5	21-26/0767	Antrag der SPD-Fraktion vom 28.03.2023; hier: Erweiterung der gebührenpflichtigen Parkzonen
6	21-26/0780	Antrag der CDU-Fraktion vom 24.04.2023; hier: Smart City Friedberg
6.1	21-26/0780/1	Antrag der UWG-Fraktion vom 09.05.2023; hier: Änderungsantrag zur DS-Nr. 21-26/0780 "Smart City Friedberg"
6.2	21-26/0780/2	Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 10.05.2023; hier: Änderung zur DS-Nr. 21-26/0780 Smart City Friedberg
7	21-26/0794	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.05.2023; hier: Prüfantrag "Effizientes Monitoring von Beschlüssen und Anträgen"
8	21-26/0793	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 03.05.2023; hier: Gewährvertrag mit der Einrichtung Jimbala e.V.
		Sitzungsunterbrechung von 19:49 bis 20:00 Uhr
		Teil A
9	21-26/0774	Bebauungsplan Nr. 18 „Gewerbegebiet Ockstadt Ost“, 2. Änderung in Friedberg – Ockstadt hier: 1. Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB 2. Öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
10	21-26/0772	„Theater Altes Hallenbad“ hier: Kostenentwicklung der baulichen Maßnahme – Mehrbedarf in Höhe von 800.000,- €
11	21-26/0764	Bildung eines Jugendrats zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 4c HGO
12	21-26/0783	Neuwahl von Ortsgerichtsmitgliedern; Ortsgericht Friedberg I (Stadtteile Bauernheim, Kernstadt und Ossenheim); hier: Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen
13	21-26/0781	Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Jahre 2024 - 2028; hier: Aufstellung der Vorschlagslisten der Stadt Friedberg
14	21-26/0782	Wahl der Hilfsschöffinnen und Hilfsschöffen für die Jahre 2024 - 2028; hier: Aufstellung der Vorschlagsliste der Stadt Friedberg
15	21-26/0755	Genehmigung der Haushaltssatzung 2023; hier Mitteilung gem. § 50 (3) HGO
		Teil B
16	21-26/0640	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.11.2022; hier: Erstzugriff Sozialer Wohnungsbau

17	21-26/0773	Ergänzung der Ziele im Rahmen des Realisierungswettbewerbs für die Umgestaltung der Kaiserstraße (DS-Nr. 21-26/0566) hier: Konkretisierung zur Reduktion von Stellplätzen, Konkretisierung des Erhaltes der Bestandsbäume
17.1	21-26/0773/1	Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.04.2023; hier: Änderungsantrag zu DS-Nr. 21-26/0773
17.2	21-26/0773/2	Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.05.2023; hier: Änderungsantrag zu DS-Nr. 21-26/0773
18	21-26/0784	Erhöhung Eintrittspreise für das Freischwimmbad Ockstadt; hier: 9. Nachtragssatzung der Satzung und Gebührenordnung der Stadt Friedberg (Hessen) für die Benutzung des städtischen Freischwimmbades im Stadtteil Ockstadt
19		Verschiedenes
19.1		Verschiedenes; hier: Wasserspiel auf dem Elvis-Presley-Platz
19.2		Verschiedenes; hier: Architektenwettbewerb Museum
19.3		Verschiedenes; hier: Unterlagen im Bürgerinformationssystem (BI)

TOP	DS-Nr.	Titel
-----	--------	-------

1. Berichte und Mitteilungen

**1.1. Berichte und Mitteilungen;
hier: Preisverleihung für das Projekt "Auf die Plätze - fertig - los"**

Bürgermeister Antkowiak informiert über die Preisverleihung des Landeswettbewerbs „Ab in die Mitte!“, die in Hofheim am Taunus am 10.05.2023 stattgefunden hat. Auch die Stadt Friedberg hat einen Preis für das Projekt „Auf die Plätze – fertig – los“ gewonnen. Der Preis wurde durch Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir übergeben. Am 02.07.2023 wird eine Spielemeile „Friedberg spielt“ mit dem Pegasus-Verlag auf der Kaiserstraße aufgebaut. Bürgermeister Antkowiak lädt alle Anwesenden zu der Veranstaltung ein.

**1.2. Berichte und Mitteilungen;
hier: Senkung der Schulumlage**

Erste Stadträtin Götz informiert über die Senkung der Schulumlage auf 13,8 % durch den Wetteraukreis. Dies hat zur Folge, dass statt des geplanten Fehlbetrags des Haushalts 2023 in Höhe von ca. 391 Tsd. € nun ein Überschuss in Höhe von ca. 232 Tsd. € vermeldet werden kann.

**1.3. Berichte und Mitteilungen;
hier: Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 1. Quartal 2023**

Erste Stadträtin Götz teilt mit, dass keine über- und außerplanmäßigen Ausgaben im 1. Quartal 2023 angefallen sind.

**1.4. Berichte und Mitteilungen;
hier: Fördermittelbescheid für Bau Kita Housing**

Erste Stadträtin Götz berichtet, dass der Fördermittelbescheid vom Wetteraukreis bezüglich des Neubaus der Kita Housing am 26.04.2023 eingegangen ist. In der Präsentation zur Haushaltspläneinbringung 2021 war seinerzeit vermerkt, dass die Stadt Friedberg (Hessen) nach damaliger vorläufiger Mitteilung des Kreises voraussichtlich rd. ein Viertel der Kosten aus Fördermitteln des Landes zu erwarten habe (rd. 1,3 Mio. €). Diese Summe wurde später von den verantwortlichen Stellen auf rund 837 Tsd. € verringert. Gleiches erfolgte auch in anderen Kommunen des Kreises. Ein Protestschreiben hierzu blieb ohne Erfolg. Zudem fließen die Fördermittel nun erst drei Jahre nach Inbetriebnahme der Einrichtung, die bereits im Jahr 2020 stattgefunden hat.

Da die Fördermittel aufgrund des Vorsichtsprinzips nach § 40 Nr. 3 GemHVO nicht im Haushaltsplan 2023 veranschlagt worden sind, verbessert sich nun gleichwohl der Finanzhaushalt um die genannte Summe.

**1.5. Berichte und Mitteilungen;
hier: Sachstand Kita Villa Winzig**

Erste Stadträtin Götz teilt mit, dass der fertiggestellte Anbau der Kita Villa Winzig schrittweise in Betrieb genommen wird. Nach Abschluss letzter Arbeiten im Außenbereich, die unter der Federführung des Amtes für Stadtentwicklung stattfinden, ist vorgesehen, die Mitglieder der städtischen Gremien und den Ortsbeirat im Laufe der nächsten Monate zu einem Besichtigungstermin einzuladen.

1.6.

**Berichte und Mitteilungen;
hier: Sachstand Kita am Campus**

Erste Stadträtin Götz berichtet zum Sachstand der Errichtung der Kita am Campus. Aufgrund einzelner baulicher Verzögerungen und Verzögerungen der Möbellieferung kann das frühere Kinderhaus erst kurz vor den Sommerferien in Betrieb genommen werden. Da eine Eingewöhnung der Kinder so kurz vor den Sommerferien nicht sinnvoll ist, wird die Inbetriebnahme des früheren Kinderhauses Anfang September stattfinden.

1.7.

**Berichte und Mitteilungen;
hier: Weitere Trauorte**

Erste Stadträtin Götz informiert, dass die Straußwirtschaft Zum Gerippte ab 1.9.2023 ganzjährig als besonderer Trauort genutzt werden kann. Der Magistrat hat der Vorlage der Ersten Stadträtin zur Regelung der vertraglichen Einzelheiten vor wenigen Tagen zugestimmt. Als weiterer Trauort ist das Alte Hallenbad geplant, wo allerdings aufgrund der Sanierungs- und Bauarbeiten die Voraussetzungen zur Nutzung frühestens zum Jahresbeginn 2024 vorliegen werden.

Die Inanspruchnahme der neuen Trauorte macht eine Anpassung der Verwaltungskostensatzung notwendig. Diese wird in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt.

2.

21-26/0778

**Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.04.2023;
hier: Shuttlebus-Service**

Anfrage:

In der Stadtverordnetenversammlung am 20.10.2022 wurde beschlossen, in der Zeit vom 26.11.2022 bis zum 24.12.2022 freitags bis sonntags einen kostenlosen Shuttlebus-Service einzurichten. Dieser sollte die Nutzer der in dieser Zeit kostenlosen Parkräume an der Dieffenbachschule/Seebachhalle, Stadthalle und am Burgfeld ebenso wie Nutzer des ÖPNV vom Bahnhof aus ins Zentrum auf die Kaiserstraße und wieder zurückbringen.

Fragen:

1. Wie viele Personen haben diesen Service genutzt?
2. Wie viele Fahrten wurden in diesem Zeitraum durchgeführt?
3. Was hat dieses Angebot die Stadt gekostet?
4. Gab es Gespräche mit „Friedberg hat's“ wegen eines Lieferservice? Wenn ja, wie war das Ergebnis?

Bürgermeister Antkowiak verliest die Beantwortung der Anfrage. Die Antwort zur Anfrage DS-Nr. 21-26/0778 der CDU-Fraktion liegt den Stadtverordneten schriftlich vor. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt (Anlage 1).

beantwortet

**3. 21-26/0785 Anfrage der UWG-Fraktion vom 26.04.2023;
hier: Bewirtschaftung auf dem Elvis-Presley-Platz**

Anfrage:

In der Stadtverordnetenversammlung vom 08.12.2022 wurde durch Bürgermeister Antkowiak unser erneuter Vorstoß zur Einrichtung einer Bewirtschaftung auf dem Elvis-Presley-Platz die bestehende Beschlusslage von 2019 (Nr. 16/21-1064) angeführt, wonach die Stadtverordnetenversammlung bereits beschlossen hat, ein Bistro, Café oder Weinstube zu installieren.

In seiner Stellungnahme zu unserem erneuten (Erinnerungs-)Antrag vom 14.11.2022 riet er, den Planungswettbewerb der Kaiserstraße abzuwarten. Haushaltsmittel seien bereits eingeplant.

In diesem Zusammenhang bittet die Fraktion der UWG / FW um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Warum soll mit der Installation einer solchen Einrichtung abgewartet, bzw. nicht zumindest ein Betreiber für eine mobile Lösung vorgesehen werden, da doch in den Auslobungsunterlagen zum Wettbewerbsverfahren unter 2.4. ausdrücklich steht: „Erhalt und Integration des Elvis-Presley-Platzes in seiner jetzigen Gestalt“, was eine Veränderung des Platzes als solchen ausschließt?
2. Ist dem Bürgermeister bekannt, welche Anziehungskraft und Öffentlichkeitswirksamkeit die recht kleine Lokalität „Pane e Vino“ am Aliceplatz in Bad Nauheim aufweist?
3. Was gedenkt der Bürgermeister in welchem Zeitraum zu veranlassen, um dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung endlich nachzukommen?

Bürgermeister Antkowiak verliert die Beantwortung der Anfrage und beantwortet Fragen bezüglich der mobilen Lösungen.

Die Antwort zur Anfrage DS-Nr. 21-26/0785 der UWG-Fraktion liegt den Stadtverordneten schriftlich vor. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt (Anlage 2).

beantwortet

**4. 21-26/0766 Antrag der SPD-Fraktion vom 28.03.2023;
hier: Friedbergs Straßen sollen grüner werden**

Antragstext:

Der Magistrat wird beauftragt, bei künftigen Neubauten von Straßen und grundhaften Straßensanierungen im Stadtgebiet beidseitig große, resiliente Bäume einzuplanen, sodass diese ihrer Art entsprechend frei ihre Wurzeln austreiben können und ein Alleencharakter entsteht. Durch entsprechende bauliche Maßnahmen ist eine maximale Versorgung mit Regenwasser zu gewährleisten (Schwammstadt).

Stadtverordneter Bansemer stellt den Antrag vor und begründet ihn. Er berichtet von dem Vortrag der Firma „Zorn Sachverständigenbüro Gartenbau“ im Ausschuss für Stadtentwicklung.

Bürgermeister Antkowiak teilt mit, dass nicht jede Straße zu einer Allee umgebaut werden kann und bittet um Präzisierung des Antrages.

Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Weiberg und Güssgen-Ackva. Stadtverordneter Güssgen-Ackva beantragt, den Antrag in den **Ausschuss für Stadtentwicklung** zu verweisen, um auszuarbeiten, wo man Allees umsetzen könnte.

Stadtverordneter Bansemer teilt als Antragsteller mit, den Antragstext um die Worte „ , **in allen Straßen, wo es möglich ist**“ zu ergänzen.

Stadtverordneter Güssgen-Ackva hält den Antrag auf Ausschussverweisung aufrecht. Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt sodann über den Verweis des Antrages in den **Ausschuss für Stadtentwicklung** abstimmen.

Abstimmungsergebnis zum Antrag auf Verweis:

Mehrheitlich abgelehnt
Ja 13 Nein 27 Enthaltung 0

Stadtverordneter Dr. Merbs nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Stadtverordneter Fenske wirft ein, dass der Beschluss in der Königsberger Straße nicht umgesetzt wurde. Dort wurde nur eine Baumreihe hergestellt.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt sodann über den geänderten Antrag von Stadtverordneten Bansemer abstimmen und stellt daraufhin folgendes Ergebnis fest:

Beschluss in Ergänzung:

Der Magistrat wird beauftragt, **in allen Straßen, wo es möglich ist**, bei künftigen Neubauten von Straßen und grundhaften Straßensanierungen im Stadtgebiet beidseitig große, resiliente Bäume einzuplanen, sodass diese ihrer Art entsprechend frei ihre Wurzeln austreiben können und ein Alleencharakter entsteht. Durch entsprechende bauliche Maßnahmen ist eine maximale Versorgung mit Regenwasser zu gewährleisten (Schwammstadt).

Stadtverordneter Dr. Merbs nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit Ergänzung beschlossen
Ja 38 Nein 2 Enthaltung 1

**5. 21-26/0767 Antrag der SPD-Fraktion vom 28.03.2023;
hier: Erweiterung der gebührenpflichtigen Parkzonen**

Antragstext:

Der Magistrat wird beauftragt, Parkplätze in der Straße Am Holzpförtchen in die Parkgebührenordnung aufzunehmen.

Stadtverordneter Ertl verlässt gemäß § 25 HGO den Saal.

Stadtverordneter Bansemer stellt den Antrag vor und begründet ihn.

Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Güssgen-Ackva, Weiberg, Bansemer, Stoll sowie Fenske. Stadtverordneter Durchdewald beantragt, den Antrag in den **Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr** zu verweisen.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender stellt zum Verweis des Antrages in den **Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr** das Einvernehmen der Stadtverordnetenversammlung fest.

Stadtverordneter Ertl betritt um 19:00 Uhr den Saal.

Abstimmungsergebnis zum Antrag auf Verweis:

verwiesen
Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0

**6. 21-26/0780 Antrag der CDU-Fraktion vom 24.04.2023;
hier: Smart City Friedberg**

Antragstext:

Der Magistrat wird gebeten ein übergeordnetes, flächendeckendes Konzept für den Einsatz von Smart City-Anwendungen und den Aufbau der dafür notwendigen technischen und personellen Grundlagen zu erarbeiten sowie entsprechende Mittel und Ressourcen für den Haushalt 2024 anzumelden. Darüber hinaus sind alle zukünftigen Projekte auf die Anwendung von datengestützten Technologien zu prüfen und Ausschreibungen entsprechend anzupassen.

Der Stadtverordnetenversammlung liegt die Beschlussfassung des bisherigen Gremienverlaufs vor (Anlage 3 und 4).

Stadtverordneter Haub stellt den Antrag vor und begründet ihn. Er verliest den Änderungsantrag der CDU-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 6.2, der in Anlehnung an den Änderungsantrag der UWG-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 6.1 entstanden ist.

Stadtverordneter Durchdewald stellt den Änderungsantrag unter Tagesordnungspunkt 6.1 vor und begründet ihn.

Stadtverordneter Fenske berichtet, dass die Technische Hochschule Mittelhessen (THM) beim Projekt „Friedberger Weg“ bereits gute Zusammenarbeit gezeigt hat und beantragt, den Antragstext unter Tagesordnungspunkt 6.2 um die Worte „**unter Einbeziehung der entsprechenden Forschungsprojekte der THM**“ zu ergänzen.

Stadtverordneter Weiberg beantragt, den Antrag in den **Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr** zu verweisen.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt über den Verweis des Antrages in den **Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr** abstimmen.

Abstimmungsergebnis zum Antrag auf Verweis:

Mehrheitlich abgelehnt
Ja 10 Nein 31 Enthaltung 0

Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Güssgen-Ackva und Bansemer.

Stadtverordneter Stoll teilt für den Antragsteller mit, den Änderungsantrag der CDU-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 6.2 um die Worte aus dem Änderungsantrag des Stadtverordneten Fenske zu ergänzen.

Daraufhin teilt Stadtverordneter Durchdewald mit, dass er den Antrag unter Tagesordnungspunkt 6.1 zurückzieht.

Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Güssgen-Ackva, Dr. Rack sowie Fenske.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion unter Tagesordnungspunkt 6.2 in Ergänzung der Worte „**unter Einbeziehung der entsprechenden Forschungsprojekte der THM**“ abstimmen und stellt daraufhin folgendes Ergebnis fest:

Beschluss in Abänderung:

Der Magistrat wird beauftragt, zeitnah ein übergeordnetes Konzept für den Einsatz von Smart City Anwendungen **unter Einbeziehung der entsprechenden Forschungsprojekte der THM** unter Heranziehung der KFW-Zuschusskriterien im Programm 436 zu erarbeiten. Dies beinhaltet die zwei Phasen „Entwicklung“ und „Umsetzung der Ziele“ im Einklang mit der Smart City Charta des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

Oberste Priorität hierbei haben Maßnahmen rund um die Neugestaltung der Kaiserstraße. Diese sind in Q3.2023 den Ausschüssen Stadtentwicklung und HuF vorzulegen, darüber hinaus sind notwendige Ressourcen im Haushalt 2024 zu hinterlegen. Zukünftige Projekte sind auf oben genannte Förderfähigkeit zu prüfen und entsprechend auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich in Abänderung beschlossen
Ja 39 Nein 2 Enthaltung 0

**6.1. 21-26/0780/1 Antrag der UWG-Fraktion vom 09.05.2023;
hier: Änderungsantrag zur DS-Nr. 21-26/0780 "Smart City Friedberg"**

Antragstext:

Der Magistrat wird beauftragt, zeitnah ein übergeordnetes Konzept für den Einsatz von Smart City-Anwendungen unter Heranziehung der KFW-Zuschusskriterien im Programm 436 zu erarbeiten. Dies beinhaltet die zwei Phasen „Entwicklung“ und „Umsetzung der Ziele“ im Einklang mit der Smart City Charta des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Dabei ist zunächst zu prüfen, inwieweit die städtischen Personalressourcen ausreichen, bzw. welche Leistungen zur Umsetzung eventuell eingekauft werden müssen.

zurückgezogen

**6.2. 21-26/0780/2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 10.05.2023;
hier: Änderung zur DS-Nr. 21-26/0780 Smart City Friedberg**

Antragstext:

Der Magistrat wird beauftragt, zeitnah ein übergeordnetes Konzept für den Einsatz von Smart City Anwendungen unter Heranziehung der KFW-Zuschusskriterien im Programm 436 zu erarbeiten. Dies beinhaltet die zwei Phasen „Entwicklung“ und „Umsetzung der Ziele“ im Einklang mit der Smart City Charta des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Dabei ist zunächst zu prüfen, inwieweit

die städtischen Personalressourcen ausreichen, bzw. welche Leistungen zur Umsetzung eventuell eingekauft werden müssen.

Oberste Priorität hierbei haben Maßnahmen rund um die Neugestaltung der Kaiserstraße. Diese sind in Q3.2023 den Ausschüssen Stadtentwicklung und HuF vorzulegen, darüber hinaus sind notwendige Ressourcen im Haushalt 2024 zu hinterlegen. Zukünftige Projekte sind auf oben genannte Förderfähigkeit zu prüfen und entsprechend auszuschreiben.

Beschluss in Ergänzung:

Der Magistrat wird beauftragt, zeitnah ein übergeordnetes Konzept für den Einsatz von Smart City Anwendungen **unter Einbeziehung der entsprechenden Forschungsprojekte der THM** unter Heranziehung der KFW-Zuschusskriterien im Programm 436 zu erarbeiten. Dies beinhaltet die zwei Phasen „Entwicklung“ und „Umsetzung der Ziele“ im Einklang mit der Smart City Charta des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

Oberste Priorität hierbei haben Maßnahmen rund um die Neugestaltung der Kaiserstraße. Diese sind in Q3.2023 den Ausschüssen Stadtentwicklung und HuF vorzulegen, darüber hinaus sind notwendige Ressourcen im Haushalt 2024 zu hinterlegen. Zukünftige Projekte sind auf oben genannte Förderfähigkeit zu prüfen und entsprechend auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit Ergänzung beschlossen
Ja 39 Nein 2 Enthaltung 0

7.	21-26/0794	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.05.2023; hier: Prüfantrag "Effizientes Monitoring von Beschlüssen und Anträgen"
----	------------	---

Antragstext:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Verwaltung und den Gremien der Stadt Friedberg sowie für die Öffentlichkeit eine regelmäßige effektive Beschlusskontrolle zur Verfügung gestellt werden kann. Dabei sollen auch die Möglichkeiten des Moduls „Session Projekte“ des Anbieters von SessionNet berücksichtigt werden. Falls andere technische Lösungen möglich und sinnvoll scheinen, sollen diese ebenfalls im Vergleich betrachtet werden. Vorrangig sollen solche Lösungen in Betracht gezogen werden, die nach einer Implementierungsphase regelmäßige Beschlusskontrollen ohne nennenswerten Zusatzaufwand in der Verwaltung (also „auf Knopfdruck“) ermöglichen.

Zu erwartende Kosten und Aufwände sind zu ermitteln (ggf. zu schätzen) und gegenüberzustellen. Das Prüfergebnis soll spätestens im Herbst zur Verfügung stehen, damit sich die Stadtverordneten rechtzeitig vor den Beratungen des Haushalts 2024 eine Meinung zur Finanzierung bilden können.

Stadtverordneter Dr. Saltzwedel stellt den Antrag vor und begründet ihn.

Bürgermeister Antkowiak informiert, dass er bereits die Verwaltung gebeten hat, sich diverse digitale Lösungen anzuschauen. Zur ganztägigen HuF-Novembersitzung soll die Kostenermittlung für mögliche Lösungen vorliegen.

Auf die Wortmeldung von Stadtverordneten Güssgen-Ackva, dass der Antrag der FDP-Fraktion bezüglich der Vorlage einer Sachstandsliste der Anträge der Ortsbeiräte noch nicht erledigt ist, hält Bürgermeister Antkowiak Gegenrede. Er teilt mit, dass der Antrag abgearbeitet worden ist und dies bereits mehrfach kommuniziert wurde.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt sodann über den Antrag abstimmen und stellt daraufhin folgendes Ergebnis fest:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 41 Nein 0 Enthaltung 0

8.	21-26/0793	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 03.05.2023; hier: Gewährvertrag mit der Einrichtung Jimbala e.V.
----	------------	---

Antragstext:

Der Magistrat wird beauftragt, einen Gewährvertrag mit Jimbala e.V. für die Dauer von drei Jahren abzuschließen. Die Höhe der jährlichen Zuwendung soll 55.000 Euro betragen, es ist ein Inflationsausgleich mit aufzunehmen. Die Mittel sind für den Haushalt 2024 anzumelden.

Stadtrat Moch verlässt den Saal.

Stadtverordneter B. Wagner stellt den Antrag vor und begründet ihn.

Stadtverordneter Durchdewald beantragt, den Antrag in den **Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur** und den **Haupt- und Finanzausschuss** zu verweisen.

Es folgt eine Wortmeldung von dem Stadtverordneten Uebelacker.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt über den Verweis des Antrages in den **Ausschuss für Stadtentwicklung** und den **Haupt- und Finanzausschuss** abstimmen.

Abstimmungsergebnis zum Antrag auf Verweis:

Mehrheitlich abgelehnt
Ja 16 Nein 25 Enthaltung 0

Auf Nachfrage von Stadtverordneten Durchdewald informiert Bürgermeister Antkowiak, dass es drei Gewährverträge gibt:

1. Theater Altes Hallenbad Friedberg gGmbH,
2. Musikschule Friedberg e. V. sowie
3. Volksbühne Friedberg e. V.

Über die bestehenden Gewährverträge wurde die Stadtverordnetenversammlung bereits mit der DS-Nr. 16-21/1817 informiert. Die Verträge laufen drei Jahre und enden demnach 2024.

Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Güssgen-Ackva und Fenske. Stadtverordneter Weiberg beantragt, das Wort „**abzuschließen**“ in „**vorzubereiten**“ zu ändern.

Es folgt eine Wortmeldung von Stadtverordneten Dr. Rack.

Bürgermeister Antkowiak teilt mit, dass Gewährverträge nur von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden können und die Verwaltung diese nur vorbereitet. Finanzberichte werden dem Haupt- und Finanzausschuss immer vorgelegt.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt sodann über den Änderungsantrag abstimmen und stellt daraufhin folgendes Ergebnis fest:

Beschuss in Abänderung:

Der Magistrat wird beauftragt, einen Gewährvertrag mit Jimbala e.V. für die Dauer von drei Jahren **vorzubereiten**. Die Höhe der jährlichen Zuwendung soll 55.000 Euro betragen, es ist ein Inflationsausgleich mit aufzunehmen. Die Mittel sind für den Haushalt 2024 anzumelden.

Stadtrat Moch betritt den Saal.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich in Abänderung beschlossen
Ja 39 Nein 2 Enthaltung 0

Sitzungsunterbrechung von 19:49 bis 20:00 Uhr

Teil A

Stadtverordnetenvorsteher Hollender schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 9 bis 15 en bloc abstimmen zu lassen. Aufgrund von Gegenstimmen aus der Stadtverordnetenversammlung lässt Stadtverordnetenvorsteher Hollender die Tagesordnungspunkte einzeln und nacheinander abstimmen.

9.	21-26/0774	Bebauungsplan Nr. 18 „Gewerbegebiet Ockstadt Ost“, 2. Änderung in Friedberg – Ockstadt hier: 1. Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB 2. Öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB
-----------	-------------------	--

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen und stellt daraufhin folgendes Ergebnis fest:

Beschluss

- (1) Die in der Anlage 1 befindlichen Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen mit Hinweisen und Anregungen werden als Stellungnahmen der Stadt Friedberg und somit als Abwägung i.S.d. § 1 Abs. 7 BauGB beschlossen.
- (2) Der Entwurf des Bebauungsplanes und die Begründung sind in der, gemäß der Anlage 2 bis Anlage 8, geänderten Fassung nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die beteiligten Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

Stadtverordneter Stoll nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0

10. 21-26/0772 „Theater Altes Hallenbad“ hier: Kostenentwicklung der baulichen Maßnahme – Mehrbedarf in Höhe von 800.000,- €

Beschlussentwurf:

Um die zu erwartenden Gesamtprojektkosten der Sanierung des „Theaters Altes Hallenbad“ vollständig finanzieren zu können, wird der Bereitstellung von außerplanmäßigen Mehrkosten in Höhe von 800000,- € zugestimmt.

Der Stadtverordnetenversammlung liegt die Beschlussfassung des bisherigen Gremienverlaufs vor (Anlage 5).

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt über den Änderungsbeschlussvorschlag aus dem Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur und dem Haupt- und Finanzausschuss abstimmen.

Beschluss in Ergänzung:

Um die zu erwartenden Gesamtprojektkosten der Sanierung des „Theaters Altes Hallenbad“ vollständig finanzieren zu können, wird der Bereitstellung von außerplanmäßigen Mehrkosten in Höhe von 800.000,00 € zugestimmt. **Der entsprechende Sperrvermerk bei der Investitions-Nr. 4122009 ist aufzuheben.**

Stadtverordneter Stoll nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig mit Ergänzung beschlossen
Ja 40 Nein 0 Enthaltung 0

11. 21-26/0764 Bildung eines Jugendrats zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 4c HGO

Beschlussentwurf:

1. Zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben der Stadt, die die Interessen und Belange von Kindern und Jugendlichen berühren, wird ein Jugendrat eingerichtet.
2. Der als Anlage beigefügten Geschäftsordnung für den Jugendrat der Stadt Friedberg (Hessen) wird zugestimmt.

Der Stadtverordnetenversammlung liegt die Beschlussfassung des bisherigen Gremienverlaufs vor. Die redaktionell angepasste Geschäftsordnung für den Jugendrat Friedberg (Hessen) wurde im Vorfeld der Sitzung bereits an die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung versandt.

Erste Stadträtin Götz teilt mit, dass es aufgrund einer im Ausschuss gewünschten redaktionellen Änderung auch noch einer textlichen Anpassung in § 2 Abs. 6 S. 4 der Geschäftsordnung für den Jugendrat Friedberg (Hessen) bedarf. Der Satz muss lauten: „Stimmzettel, auf denen **weniger oder** mehr Kandidat*innen angekreuzt sind, werden als ungültig gewertet.“

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt über den Änderungsbeschlussvorschlag aus dem Ausschuss für Jugend, Soziales, Senioren, Sport und Kultur und dem Haupt- und Finanzausschuss unter Einarbeitung der textlichen Änderung von Erster Stadträtin Götz abstimmen.

Beschluss (in Abänderung der Geschäftsordnung):

1. Zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben der Stadt, die die Interessen und Belange von Kindern und Jugendlichen berühren, wird ein Jugendrat eingerichtet.
2. Der als Anlage beigefügten Geschäftsordnung für den Jugendrat der Stadt Friedberg (Hessen) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich in Abänderung beschlossen
Ja 39 Nein 2 Enthaltung 0

12.	21-26/0783	Neuwahl von Ortsgerichtsmitgliedern; Ortsgericht Friedberg I (Stadtteile Bauernheim, Kernstadt und Ossenheim); hier: Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen
------------	-------------------	---

Stadtverordnetenvorsteher Hollender stellt das Einvernehmen der Stadtverordnetenversammlung fest, die Wahl per **Akklamation** durchzuführen.

Beschluss:

Herr Steffen Bieber-Diegel, XXXXXXXXX, 61169 Friedberg (Hessen) wird für das Ortsgericht Friedberg I – Stadtteile Bauernheim, Kernstadt und Ossenheim als Ortsgerichtsschöffe gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 41 Nein 0 Enthaltung 0

13.	21-26/0781	Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Jahre 2024 - 2028; hier: Aufstellung der Vorschlagslisten der Stadt Friedberg
------------	-------------------	--

Stadtverordnetenvorsteher Hollender stellt das Einvernehmen der Stadtverordnetenversammlung fest, die Wahl per **Akklamation** durchzuführen.

Beschluss:

Der vorliegenden Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 41 Nein 0 Enthaltung 0

**14. 21-26/0782 Wahl der Hilfsschöffinnen und Hilfsschöffen für die Jahre 2024 - 2028;
hier: Aufstellung der Vorschlagsliste der Stadt Friedberg**

Stadtverordnetenvorsteher Hollender stellt das Einvernehmen der Stadtverordnetenversammlung fest, die Wahl per **Akklamation** durchzuführen.

Beschluss:

Der vorliegenden Vorschlagsliste für die Wahl der Hilfsschöffinnen und Hilfsschöffen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 41 Nein 0 Enthaltung 0

**15. 21-26/0755 Genehmigung der Haushaltssatzung 2023; hier Mitteilung gem. § 50 (3)
HGO**

Mitteilungstext:

Mit Schreiben vom 15.03.2023 hat der Landrat des Wetteraukreises der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 seine Genehmigung erteilt. Das Genehmigungsschreiben ging bei der Stadt Friedberg am 17.03.2023 ein. Die Bekanntmachung in der Wetterauer Zeitung erfolgt am Samstag, dem 25.03.2023. Die öffentliche Auslegung der Haushaltssatzung 2023 erfolgt ab 27.03.2023 im Rathaus während der Dienststunden nach vorheriger Terminvereinbarung.

Das Genehmigungsschreiben sowie die Genehmigung sind als Anlage beigelegt. Der Inhalt des Genehmigungsschreibens wird nachfolgend zusammengefasst dargestellt:

Die haushaltswirtschaftliche Situation hat sich gegenüber den Vorjahren verschlechtert. So wird für das ordentlichen Ergebnis 2023 ein Planfehlbedarf in Höhe von 397,2 T€ ausgewiesen. Da der Fehlbedarf jedoch durch die Inanspruchnahme der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses abgedeckt werden kann, gilt der Ergebnishaushalt gemäß § 92 Abs. 5 Ziffer 1 HGO als ausgeglichen.

Da die Stadt Friedberg ihren Ergebnishaushalt auch im Finanzplanungszeitraum bis 2026 durch die Inanspruchnahme der Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses ausgleichen kann und alle weiteren haushaltsrechtlichen Vorgaben einhält, ist die Genehmigung für die genehmigungspflichtigen Festsetzungen der Haushaltssatzung 2023 ohne aufsichtsbehördliche Auflagen oder Bedingungen erteilt worden.

Der Finanzhaushalt ist gemäß § 92 Abs. 5 Ziffer 2 HGO ausgeglichen und die Vorgaben des § 3 Abs. 2 GemHVO werden eingehalten. Darüber hinaus stehen zum Ausgleich des Zahlungsmittelfehlbedarfs im Finanzhaushalt liquide Mittel in ausreichender Höhe zur Verfügung.

Ungeachtet dessen wird von der Aufsicht des Wetteraukreises explizit darauf hingewiesen, dass der Ausgleich des Finanzhaushaltes aufgrund der im Finanzplanungszeitraum vorgesehenen Ausweitung der investiven Verschuldung künftig schwerer zu erzielen sein wird.

Der aus den Kreditfinanzierungen resultierende Anstieg der Tilgungsauszahlungen ist in der Finanzplanung noch nicht berücksichtigt. Es ist daher nach Mitteilung der Aufsichtsbehörde darauf zu achten, dass sich die Veranschlagung der Tilgungsleistungen in den Folgehaushalten an der Höhe der vorgesehenen Kreditaufnahmen orientiert. Hierzu wird verwaltungsseitig folgende Erläuterung gegeben: Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung ist die Kreditaufnahme eine rein rechnerische Größe. Zu diesem Zeitpunkt ist noch ungewiss, ob und in welcher Höhe neue Kredite aufgenommen werden müssen. Daher sind auch die geplanten Tilgungs- und Zinszahlungen sowie die Kreditmodalitäten noch nicht exakt zu beziffern. Aufgrund der derzeitigen Liquiditätsslage der Stadt Friedberg in Verbindung mit dem realisierbaren Umsetzungsvolumen des geplanten Investitionsprogramms ist nach aktuellem Stand

auch im Jahr 2023 wie bereits in allen Vorjahren seit 2017 erneut nicht mit der Notwendigkeit einer Kreditaufnahme zu rechnen.

Aufgrund des gemäß § 93 Abs. 3 HGO für Kreditaufnahmen geltenden Subsidiaritätsprinzips sind die Mittel des Finanzmittelüberschusses vorrangig zur Finanzierung von Investitionen zu verwenden. Die Aufsichtsbehörde weist daher darauf hin, dass Kreditaufnahmen nur nachrangig zu diesen Finanzmitteln in Anspruch genommen werden dürfen. Dies entspricht der ohnehin durchgängigen Praxis des Haushaltsvollzugs in der Stadt Friedberg (Hessen).

zur Kenntnis genommen

Teil B

16. 21-26/0640 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.11.2022;
hier: Erstzugriff Sozialer Wohnungsbau**

Antragstext:

Der Magistrat wird aufgefordert, Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) über den Erwerb von Teilflächen mit einer Gesamtfläche von ca. 20.000 m² auf dem ehemaligen Kasernengelände für den sozialen Wohnungsbau aufzunehmen.

Der Stadtverordnetenversammlung liegt die Beschlussfassung des bisherigen Gremienverlaufs vor (Anlage 6). Der Antrag wurde zuletzt zurückgestellt und soll im Geschäftsgang bleiben.

Stadtverordneter Fenske berichtet von seinem Änderungsantrag in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 03.05.2023 und verliest diesen: „Der Magistrat wird aufgefordert, Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilien (BImA) über den Erwerb von ~~Teilflächen mit einer Gesamtfläche von ca. 20.000 m²~~ **Flächen für 80 bis 100 Wohneinheiten** auf dem ehemaligen Kasernengelände für den sozialen Wohnungsbau aufzunehmen.“

Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Dr. Rack, Weiberg sowie Fenske.

Bürgermeister Antkowiak geht auf die vorgetragenen Argumente ein. Er führt aus, dass die BImA keine Verbilligungsrichtlinie gewähren wird.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender teilt mit, dass der Antrag aufgrund der Ausschussberatungen im Geschäftsgang bleibt. Ungeachtet der Zurückstellung liest Stadtverordnetenvorsteher Hollender den Änderungsantrag von Stadtverordneten Fenske noch einmal vor, der daraufhin eine Sitzungsunterbrechung beantragt.

Die Sitzung wird von 20:40 bis 20:46 Uhr unterbrochen.

Nach der Sitzungsunterbrechung lässt Stadtverordnetenvorsteher Hollender über den Änderungsantrag von Stadtverordneten Fenske abstimmen und stellt folgendes Ergebnis fest:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 22 Nein 15 Enthaltung 4

Beschluss in Abänderung:

„Der Magistrat wird aufgefordert, Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilien (BImA) über den Erwerb von **Flächen für 80 bis 100 Wohneinheiten** auf dem ehemaligen Kasernengelände für den sozialen Wohnungsbau aufzunehmen.“

Stadtverordnetenvorsteher Hollender stellt fest, dass aufgrund der bisherigen Ausschussberatungen der Antrag dennoch im Geschäftsgang bleibt.

zurückgestellt

17.	21-26/0773	Ergänzung der Ziele im Rahmen des Realisierungswettbewerbs für die Umgestaltung der Kaiserstraße (DS-Nr. 21-26/0566) hier: Konkretisierung zur Reduktion von Stellplätzen, Konkretisierung des Erhaltes der Bestandsbäume
-----	------------	--

Beschlussentwurf:

Der Ergänzung der Beschlussvorlage DS-Nr. 21-26/0566 „Ziele im Rahmen des Realisierungswettbewerbs für die Umgestaltung der Kaiserstraße“

- 1) wird bei dem Thema Verkehr/Reduzierung MIV wie folgt zugestimmt: „Reduzierung des ruhenden Verkehrs entlang der Kaiserstraße um mindestens 25% bis maximal 60%. Mindestens 15 Stellplätze sind als Behindertenstellplätze vorzusehen.“
- 2) wird bei dem Thema Grün und Freiräume: „Gestaltung des Stadtraums mit Grünstrukturen unter Berücksichtigung unterirdischer Infrastruktur, besserer Sichtbarkeit der denkmalgeschützten historischen Fassaden und stadtklimatischer Voraussetzungen. Der Alleencharakter ist zu erhalten. Wenn möglich ist vorhandener Baumbestand, mindestens 5 der 15 Zukunftsbäume, in die Planung zu integrieren.“ zugestimmt.
- 3) Die Verwaltung wird beauftragt die Änderungen sowie die vorliegende Vorlage mit Anlagen an die Wettbewerbsteilnehmer und die Preisrichter weiterleiten zu lassen.

Als Tischvorlage liegt die Anlage 1 der Beschlussvorlage nochmal ausgedruckt vor (Anlage 7). Des Weiteren liegt der Stadtverordnetenversammlung die Beschlussfassung des bisherigen Gremienverlaufs vor (Anlage 8).

Stadtverordneter Fenske beantragt, über die Punkte 1) und 2) getrennt zu beraten und abzustimmen.

Ausführungen zu Punkt 1):

Stadtverordneter Güssgen-Ackva teilt mit, dass die Parkplätze nicht weggenommen werden sollen, da die Straße als Wirtschaftsstandort weiterentwickelt werden muss. Er beantragt, dass nur 25 % der Parkplätze wegfallen sollen und nur zehn statt 15 Behindertenstellplätze ausgewiesen werden sollen.

Stadtverordneter Güssgen-Ackva gibt im Anschluss an seine Rede gemäß § 25 Abs. 2 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse der Stadt Friedberg (Hessen) eine persönliche Erklärung ab. Er wird mit Ablauf des 31.05.2023 sein Mandat als Stadtverordneter der Stadt Friedberg (Hessen) niederlegen und seine Ämter in Friedberg (Hessen) beenden. Er bedankt sich für die jahrelange Zusammenarbeit und verabschiedet sich offiziell aus dem Stadtparlament.

Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Stoll, Fenske, Weiberg, Durchdewald, Bansemer sowie Mewes. Stadtverordneter Mewes bedauert, dass die Vorlage nicht im Ortsbeirat Kernstadt diskutiert worden ist.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt über den Änderungsantrag von Stadtverordneten Güssgen-Ackva abstimmen, wobei die Anzahl der Behindertenstellplätze nicht unter die gesetzliche Mindestanzahl herabgestuft werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt
Ja 2 Nein 39 Enthaltung 0

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt sodann über den Punkt 1) der Beschlussvorlage in der Fassung des ergänzten Beschlussvorschlages aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 36 Nein 5 Enthaltung 0

Beschluss zu Punkt 1):

Der Ergänzung der Beschlussvorlage DS-Nr. 21-26/0566 „Ziele im Rahmen des Realisierungswettbewerbs für die Umgestaltung der Kaiserstraße“

- 1) wird bei dem Thema Verkehr/Reduzierung MIV wie folgt zugestimmt: „Reduzierung des ruhenden Verkehrs entlang der Kaiserstraße um mindestens 25% bis maximal 60%. Mindestens 15 Stellplätze sind als Behindertenstellplätze vorzusehen.“

Ausführungen zu Punkt 2):

Stadtverordnete Friedrich stellt den Änderungsantrag, der unter Tagesordnungspunkt 17.1 (DS-Nr. 21-26/0773/1) aufgeführt ist, vor und begründet ihn.

Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Bansemer, Durchdewald, Weiberg, Fenske und Dr. Saltzwedel.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter Tagesordnungspunkt 17.1 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt
Ja 14 Nein 27 Enthaltung 0

Stadtverordneter Weiberg teilt mit, dass sich die Fraktion Die Linke. dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anschließt und sie diesen als gemeinsamen Änderungsantrag in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einbringen. Stadtverordnete Friedrich verliert den Änderungsantrag:

„Einfügen nach:

2) „Wenn möglich ist vorhandener Baumbestand, mindestens 5 der 15 Zukunftsbäume, in die Planung zu integrieren.

Dabei soll ein Bestand von mindestens 100 Bäumen erreicht werden, von denen mindestens 80 mittelgroß oder groß sind. (Klasse 2) und einen Mindestumfang von 45 cm (bzw. ein Mindestalter von 20 Jahren) haben. Zusätzlich sind für die Wuchszeit der neu gepflanzten Bäume weitere geeignete Hitzeschutzmaßnahmen für die Kaiserstraße in die Planung aufzunehmen.“

Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Bansemer, Fenske, Stoll, Mewes sowie Weiberg.

Auf Nachfrage teilt Bürgermeister Antkowiak mit, dass das Gutachten bezüglich der Bäume der Stadtverordnetenversammlung vorliegt und diese nun darüber entscheiden muss.

Stadtverordneter Stoll beantragt den Schluss der Rednerliste gemäß § 14 Abs. 1 Zif. c) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung und der Ausschüsse der Stadt Friedberg (Hessen).

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt
Ja 14 Nein 27 Enthaltung 0

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt sodann über den Punkt 2) der Beschlussvorlage in der Fassung des ergänzten Beschlussvorschlages aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 27 Nein 14 Enthaltung 0

Beschluss zu Punkt 2):

Der Ergänzung der Beschlussvorlage DS-Nr. 21-26/0566 „Ziele im Rahmen des Realisierungswettbewerbs für die Umgestaltung der Kaiserstraße“

- 2) wird bei dem Thema Verkehr/Reduzierung MIV wie folgt zugestimmt: „Reduzierung des ruhenden Verkehrs entlang der Kaiserstraße um mindestens 25% bis maximal 60%. Mindestens 15 Stellplätze sind als Behindertenstellplätze vorzusehen“

Stadtverordneter Dr. Saltzwedel beantragt, den Punkt 3) einzeln abstimmen zu lassen.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt sodann über den Punkt 3) der Beschlussvorlage in der Fassung des ergänzten Beschlussvorschlages aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 32 Nein 0 Enthaltung 9

Beschluss zu Punkt 3):

Der Ergänzung der Beschlussvorlage DS-Nr. 21-26/0566 „Ziele im Rahmen des Realisierungswettbewerbs für die Umgestaltung der Kaiserstraße“

- 3) Die Verwaltung wird beauftragt die Änderungen sowie die vorliegende Vorlage mit Anlagen an die Wettbewerbsteilnehmer und die Preisrichter weiterleiten zu lassen.

Bürgermeister Antkowiak teilt mit, dass der Punkt 4) nicht beschlossen werden muss, sondern nur nachrichtlich beigefügt worden ist.

Somit liegt folgender Beschluss vor:

Beschluss:

Der Ergänzung der Beschlussvorlage DS-Nr. 21-26/0566 „Ziele im Rahmen des Realisierungswettbewerbs für die Umgestaltung der Kaiserstraße“

- 1) wird bei dem Thema Verkehr/Reduzierung MIV wie folgt zugestimmt: „Reduzierung des ruhenden Verkehrs entlang der Kaiserstraße um mindestens 25% bis maximal 60%. Mindestens 15 Stellplätze sind als Behindertenstellplätze vorzusehen.“
- 2) wird bei dem Thema Grün und Freiräume: „Gestaltung des Stadtraums mit Grünstrukturen unter Berücksichtigung unterirdischer Infrastruktur, besserer Sichtbarkeit der denkmalgeschützten historischen Fassaden und stadtklimatischer Voraussetzungen. Der Alleencharakter ist zu erhalten. Wenn möglich ist vorhandener Baumbestand, mindestens 5 der 15 Zukunftsbäume, in die Planung zu integrieren.“ zugestimmt.
- 3) Die Verwaltung wird beauftragt die Änderungen sowie die vorliegende Vorlage mit Anlagen an die Wettbewerbsteilnehmer und die Preisrichter weiterleiten zu lassen.
- 4) Die Stadtwerke Friedberg werden gebeten, für eine Testphase, eine begrenzte Anzahl von Parkplätzen im städtischen Parkhaus zur Nutzung als „Familienparkplatz“ breiter zu gestalten.

Mehrheitlich mit Ergänzung beschlossen

17.1. 21-26/0773/1 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.04.2023; hier: Änderungsantrag zu DS-Nr. 21-26/0773

Antragstext:

Der Ergänzung der Beschlussvorlage DS-Nr. 21-26/0566

- 2) wird bei dem Thema Grün und Freiräume: „Gestaltung des Stadtraums mit Grünstrukturen unter Berücksichtigung unterirdischer Infrastruktur, besserer Sichtbarkeit der denkmalgeschützten historischen Fassaden und stadtklimatischer Voraussetzungen. Der Alleencharakter ist zu erhalten. **Es sind möglichst alle 37 laut Baumgutachten als erhaltenswert eingestuft Bäume mit einer Lebenserwartung zwischen 20 und 40 Jahre zu erhalten. Bei den Sanierungsarbeiten**

sollten neue, zukunftsgerechte Pflanzgruben sowie überfahrbare Wurzelbrücken eingebaut werden“ zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt
Ja 14 Nein 27 Enthaltung 0

**17.2. 21-26/0773/2 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.05.2023;
hier: Änderungsantrag zu DS-Nr. 21-26/0773**

Antragstext:

Der Ergänzung der Beschlussvorlage DS-Nr. 21-26/0566
Einfügen nach:

2) „Wenn möglich ist vorhandener Baumbestand, mindestens 5 der 15 Zukunftsbäume, in die Planung zu integrieren.

Dabei soll ein Bestand von mindestens 100 Bäumen erreicht werden, von denen mindestens 80 mittelgroß oder groß sind. (Klasse 2) und einen Mindestumfang von 45 cm (bzw. ein Mindestalter von 20 Jahren) haben. Zusätzlich sind für die Wuchszeit der neu gepflanzten Bäume weitere geeignete Hitzeschutzmaßnahmen für die Kaiserstraße in die Planung aufzunehmen.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt
Ja 14 Nein 27 Enthaltung 0

**18. 21-26/0784 Erhöhung Eintrittspreise für das Freischwimmbad Ockstadt;
hier: 9. Nachtragssatzung der Satzung und Gebührenordnung der Stadt Friedberg (Hessen) für die Benutzung des städtischen Freischwimmbades im Stadtteil Ockstadt**

Beschlussentwurf:

Die Satzung zur Änderung der Satzung und Gebührenordnung der Stadt Friedberg (Hessen) für die Benutzung des städtischen Freischwimmbades im Stadtteil Ockstadt vom 04.06.1982, - 9. Nachtrag -, wird beschlossen.

Stadtverordneter Ewald verlässt um 22:18 Uhr unter Hinweis auf § 25 HGO den Saal.

Stadtverordneter Weiberg verliest den Antrag der Fraktion Die Linke. Und begründet ihn:
„Hier beantragen wir, den Gebührentarif zu § 5 a) (Ermäßigter Tarif) bei 1,50 € für die Einzelkarte zu belassen. Also hier auf eine Erhöhung zu verzichten.“

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt über den Änderungsantrag abstimmen und stellt folgendes Ergebnis fest:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt
Ja 6 Nein 23 Enthaltung 11

Stadtverordnetenvorsteher Hollender lässt sodann über den Ursprungsbeschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Satzung zur Änderung der Satzung und Gebührenordnung der Stadt Friedberg (Hessen) für die Benutzung des städtischen Freischwimmbades im Stadtteil Ockstadt vom 04.06.1982, - 9. Nachtrag -, wird beschlossen.

Stadtverordneter Ewald betritt um 22:21 Uhr den Saal.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 36 Nein 4 Enthaltung 0

19. Verschiedenes

19.1. Verschiedenes; hier: Wasserspiel auf dem Elvis-Presley-Platz

Stadtverordneter Dr. Rack erkundigt sich nach dem Sachstand zum defekten Wasserspiel auf dem Elvis-Presley-Platz und fragt an, warum keine Firma gefunden werden kann, die das Wasserspiel reparieren kann.

Bürgermeister Antkowiak teilt mit, dass es nur noch eine Firma in Hessen gab, die das reparieren konnte, und diese ihren Geschäftsbetrieb eingestellt hat. Unumgänglich ist hierbei die Erstellung eines Prüfberichts. Trinkwasseranlagen dürfen nicht durch alle Firmen instandgesetzt werden. Es wurden bereits weitere Firmen außerhalb Hessens angeschrieben und um Rückmeldung diesbezüglich gebeten.

19.2. Verschiedenes; hier: Architektenwettbewerb Museum

Stadtverordneter Dr. Rack bittet um die Vorlage des Textes für den Architektenwettbewerb bezüglich des Museums.

Bürgermeister Antkowiak berichtet, dass die Unterlagen hierfür derzeit von der Verwaltung erstellt werden und dann selbstverständlich in die Ausschusssitzungen eingebracht werden.

19.3. Verschiedenes; hier: Unterlagen im Bürgerinformationssystem (BI)

Stadtverordneter Stiller fragt an, warum die Vorlage und die Anlagen zu Tagesordnungspunkt 17 nicht im Bürgerinformationssystem (BI) abrufbar sind.

Bürgermeister Antkowiak sagt zu, dies von der Verwaltung prüfen zu lassen. Handelt es sich hierbei um Daten, die unter Datenschutz fallen, können die Vorlage und die Anlagen nicht öffentlich zugänglich gemacht werden. Nichtsdestotrotz sind die vollständigen Unterlagen für Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung im Gremieninformationssystem (GI) einsehbar.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr folgen, schließt Stadtverordnetenvorsteher Hollender die Sitzung mit Dankesworten an die Anwesenden.

gez.: Hollender
(Vorsitzender)

gez.: Kammer
(Schriftführerin)